

1 **Rostocker Erklärung der CDU/CSU-Wirtschaftspolitiker vom 14. Juni 2021**

2
3 Die deutsche Wirtschaft nach Corona fit die Zukunft machen: Für Arbeitsplätze,
4 Wertschöpfung und effizienten Klimaschutz!

5
6 Der enorme Kraftakt, mit dem die deutsche Wirtschaft die Maßnahmen gegen die Corona-
7 Pandemie mitgetragen hat, sucht in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik
8 seinesgleichen. Pandemie und Lockdown haben viele Blessuren hinterlassen. Die
9 Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen fordern in dieser
10 wirtschaftspolitisch hochsensiblen Phase Stabilität für Deutschland und eine dezidiert
11 wirtschaftszugewandte Ausrichtung der Politik. Mit großer Sorge betrachten die
12 Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion die sehr wahrscheinlichen Folgen
13 aktuell in Rede stehender rot-grüner Umverteilungs- und Verbotsphantasien. Derartige
14 politische Experimente wären vor allem unter den derzeitigen Bedingungen
15 verantwortungslos und würden den Wiedergenesungsprozess unserer Wirtschaft erheblich
16 gefährden.

17
18 Nach der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krise wird eine zügige und nachhaltige
19 Erholung unserer Wirtschaft entscheidend auch für Investitionsmöglichkeiten in effizienten
20 Klimaschutz durch die Wirtschaft und die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte sein.
21 Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen wollen die Weichen für ein
22 Wirtschaftswachstum nach der Corona-Krise stellen. Durch ein starkes Wirtschaftswachstum
23 werden die staatlichen Ebenen in die Lage versetzt, nachhaltig die zukünftigen
24 Herausforderungen in Klimaschutz, Bildung, Gesundheitswesen, Sicherheit,
25 Infrastrukturausbau, Demographie, Wohnungsbau und die Stabilisierung ländlicher Regionen
26 zu bewältigen.

27
28 Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen sprechen sich für eine
29 Wachstumsstrategie für Deutschland mit dem Ziel einer Stärkung der internationalen
30 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und ein möglichst rasches Erreichen des
31 Vorkrisenniveaus der Wirtschaft aus . Vor allem die Steuer- und Bürokratielast deutscher
32 Unternehmen im internationalen Vergleich wirken bremsend auf Erholung und Wachstum
33 unserer Wirtschaft. Um Investitionen in Arbeitsplätze, Klimaschutz und Infrastruktur zu
34 beschleunigen, fordern die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen
35 schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie das Ausrollen digitaler
36 Baugenehmigungsverfahren, die bereit in einzelnen Bundesländern erprobt werden.
37 Deutschland braucht ein Erneuerungsjahrzehnt, um schneller, digitaler sowie bürger- und
38 wirtschaftsfreundlicher zu werden.

39 40 **Belastungsmoratorium für unsere Wirtschaft!**

41
42 Wir brauchen ein politisches Stillhalteabkommen bei allen Entscheidung, die zu
43 Bürokratieaufwuchs oder sonstigen Belastungen unserer Wirtschaft führen. Mit Sorgen
44 nehmen die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen zur Kenntnis, dass es
45 rot-grünen Mitbewerbern in dieser existenziellen Phase nicht an Ideen zur Gängelung der
46 deutschen Wirtschaft mangelt. Bis zum Erreichen des Vor-Krisenniveaus der
47 Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft fordern die Wirtschaftspolitischen Sprecher der

48 CDU/CSU-Fraktionen daher, zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft durch ein
49 Belastungsmoratorium vollkommen auszusetzen.

50 **Verlustrechnung dauerhaft verbessern!**

51 Die steuerliche Verlustrechnung, zum Beispiel der Verluste wegen Corona mit Gewinnen aus
52 den Vorjahren, half im Kern gesunden Unternehmen durch die Krise.. Dieses Instrument ist
53 dazu geeignet, relativ unbürokratisch und zielgerichtet Unternehmen dringend notwendige
54 Liquidität für den Restart nach und Schwung aus der Krise zur Verfügung zu stellen.
55 Insbesondere in der Tourismus-Branche, der Gastronomie und dem stationären Non-food-
56 Einzelhandel hat die Krise tiefe Spuren hinterlassen und Eigenkapital aufgezehrt. Die
57 Möglichkeiten der steuerlichen Verlustrechnung müssen deshalb perspektivisch ausgeweitet
58 werden, um die wirtschaftliche Aktivität der Unternehmen in unserem Land zu unterstützen
59 und Spielraum für Investitionen in durch die Krise stark angeschlagenen Unternehmen zu
60 ermöglichen. Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktionen fordern, die
61 Höchstbetragsgrenzen auf 50 bzw. 100 Millionen Euro anzuheben sowie die
62 Verlustverrechnung auf mindestens zwei Jahre auszuweiten. Kleinere Unternehmen könnten
63 dagegen vor allem durch eine Verlängerung des Rücktragszeitraums, bspw. auf drei Jahre,
64 entlastet werden.

65
66 Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen kritisieren mit Nachdruck die
67 Blockade- und Verweigerungshaltung der SPD, insbesondere des Bundesfinanzministers Olaf
68 Scholz, hinsichtlich der Einführung eines fiktiven Unternehmerlohns auf Bundesebene im
69 Rahmen der Überbrückungshilfe. Die persönlichen Lebenshaltungskosten der
70 Unternehmerinnen und Unternehmer sind bislang über den erleichterten Zugang zur
71 Grundsicherung zu decken. Die Grundsicherung ist in viel zu wenig Fällen die richtige und in
72 kaum einem Fall eine passgenaue Antwort. Ihre Inanspruchnahme entspricht schlicht nicht
73 der Lebenswirklichkeit der Unternehmerinnen und Unternehmern. Zudem ist der fiktive
74 Unternehmerlohn ein aus unserer Sicht notwendiger Ausdruck von Wertschätzung, für den,
75 von den Unternehmerinnen und Unternehmer durch Schließung geleisteten unverzichtbaren
76 Beitrag zur Pandemiebekämpfung. Die SPD hat bislang aus rein ideologischen Gründen
77 verhindert, dass die Lebenssituation einer Vielzahl von Unternehmerinnen und
78 Unternehmern stabilisiert wird. Mit der angestrebten Verlängerung der Überbrückungshilfe
79 III ist es Zeit, die Blockade aufzugeben und einen Unternehmerlohn möglich zu machen, der
80 auch rückwirkend im Rahmen der Überbrückungshilfe III zur Anwendung kommt. Dabei geht
81 es auch um eine Gleichbehandlung von Soloselbstständigen mit einem relevanten Anteil an
82 Fixkosten und im Unternehmen tätige Inhaber, die nicht von der Neustarthilfe profitieren
83 können.

84 **Mittelstandsbauch abflachen – Leistungsfreundlicheres Einkommenssteuersystem!**

85 Das Einkommenssteuersystem soll insgesamt leistungsfreundlicher und einfacher gestaltet
86 werden. Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion fordern, den
87 Spitzensteuersatz derart zu verschieben, dass er nicht schon nahe beim
88 Durchschnittseinkommen greift. Wir fordern zudem, dass der Arbeitnehmerpauschbetrag von
89 derzeit 1.000 auf 2.000 Euro verdoppelt wird und die 2020 neu eingeführte Homeoffice-
90 Pauschale beibehalten wird.

91 **Basis einer Wachstumsstrategie: Grundlegende Reform des Steuerrechts!**

92
93 Deutschland braucht einen Wachstumsschub. Voraussetzung dafür sind Investitionen und
94 Innovation. Aktuell sind die Voraussetzungen dafür nicht optimal, unter anderem weil die
95 Steuerlast deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich relativ hoch ist und gerade
96 nach einer Krise wachstumshemmend wirkt.

97
98 Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen erhoffen sich daher einen Schub
99 von einer Absenkung des Körperschaftsteuersatz auf 10 Prozent. Der Solidaritätszuschlag
100 muss mit Beginn der nächsten Wahlperiode vollständig abgeschafft werden.

101
102 Um zu fairen Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand zu kommen, braucht es ein „Level
103 Playing Field“ für Mittelstand und internationale Konzerne. Die Wirtschaftspolitischen
104 Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen begrüßen den Beschluss der G7-Staaten für eine globale
105 Mindeststeuer für Konzerne und fordern die schnelle Umsetzung dieser Besteuerung der
106 Geschäftstätigkeit internationaler Konzerne in Deutschland.

107
108 **Wir stehen zur Schuldenbremse und zur Schwarzen Null**

109
110 Eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik muss auf den Prinzipien von Tilgen,
111 Investieren und Sparen basieren. Die großen Finanzierungsbedarfe der Corona-Pandemie
112 hatten eine erhebliche Neuverschuldung zur Folge. Diese neuen Schulden müssen so schnell
113 wie möglich getilgt werden, ohne gleichzeitig das hohe Investitionsniveau der öffentlichen
114 Hand zu gefährden. Eine solche Politik sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.

115 Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktionen setzten sich dafür ein, dass Landes- und
116 Bundeshaushalte besser vor sozialpolitischen Ausgabewünschen und rot-grünen
117 Umverteilungsphantasien geschützt werden. Bundes- und Landesregierungen müssen schnell
118 zur finanzpolitischen Solidität zurückfinden.

119
120 **Gründerschutzzone und Wagniskapitalfonds**

121 Unternehmensgründer brauchen mehr Wertschätzung und weniger Bevormundung. Die
122 Bereitschaft, in Wagniskapital zu investieren, ist in Deutschland deutlich ausbaufähig. Dies
123 umso mehr, je größer die Distanz zu Wagniskapitalzentren wie München oder Frankfurt am
124 Main ist. Die Wirtschaftspolitischen Sprecher regen daher einen Zukunftsfonds mit zunächst
125 einer Milliarde Euro Startkapital an. Insbesondere strukturell benachteiligte Gründer in
126 ländlichen Regionen können von einem solchen Fonds profitieren und finanzielle Mittel für
127 die kapitalintensive Aufbauphase ihrer Unternehmen generieren. Der Fonds sollte als
128 Dachfonds ausgestaltet und von der KfW gemanagt werden. Läuft dieser Fonds gut an, sollte
129 er perspektivisch in den nächsten Jahren weiter aufgestockt werden. Das Beispiel Dänemark
130 zeigt, dass nach einem guten Anlauf derartiger Fonds die staatlichen Anteile sukzessive
131 zurückgefahren werden können, weil sie später wesentlich von der privaten Wirtschaft
132 getragen werden.

133 Neben der Anschubfinanzierung für die kapitalintensive Gründerphase müssen Gründer
134 weitergehende Bürokratieausnahmen bekommen, damit sie sich und sich in den ersten
135 Jahren nach Markteintritt vor allem auf ihr Geschäft können.

136 **Wasserstofftechnologie fördern!**

137 Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktion setzten auf Anreize für Innovationen statt auf
138 plumpe Verbote und Restriktionen beim Klimaschutz und der Gestaltung der Energiewende.
139 Wesentlichen Innovationsschub versprechen wir uns von der Wasserstofftechnologie, die zu
140 einem Wachstumsmotor der Bundesrepublik werden wird. Von grünem Wasserstoff kann
141 ganz Deutschland profitieren. Der Wachstumsschub muss aber durch äußere Anreize begleitet
142 werden, weil zum Beispiel der mangelnde Ausbau der Infrastruktur für die
143 Wasserstofftechnologie aktuell noch hemmend wirkt. Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der
144 CDU/CSU-Fraktionen erwarten von den Landesregierungen, dass die Wasserstoffmilliarden
145 des Bundes von den zuständigen Landesressorts organisatorisch, finanziell und personell
146 entsprechend begleitet werden. Nicht nur für die energieintensiven Großbetriebe der
147 Industrie, sondern auch für den Mittelstand muss die Förderung der Wasserstoff-Nutzung
148 zugänglich gemacht werden.

149

150 **Offensive für die duale Ausbildung!**

151 Die berufliche Bildung ermöglicht berufliche Karrieren, die akademischen Karrieren in nichts
152 nachstehen. Trotzdem hat die Corona-Krise Schwierigkeiten der beruflichen Bildung noch
153 sichtbar gemacht.

154 Die in Sonntagsreden häufig gepriesene Gleichwertigkeit von dualer und akademischer
155 Bildung wurde aber auch vor Corona nicht ausreichend gelebt. Folge: Die Bewerberzahlen im
156 Ausbildungsjahr 2020/21 sind um zehn Prozent zurückgegangen. In einigen Bundesländern
157 wie Mecklenburg-Vorpommern ist der Einbruch sogar noch dramatischer – daraus wird über
158 kurz oder lang ein massives Fachkräfteproblem erwachsen. Die Wirtschaftspolitischen
159 Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen fordern daher eine kraftvolle Offensive für die duale
160 Ausbildung. Dazu gehört eine gleichwertige Behandlung von akademischer und beruflicher
161 Ausbildung, die zum Beispiel in der Berufsfrühorientierung und auch an Gymnasien erlebbar
162 ist. Mit dem unter Bundesbildungsministerin Anja Karliczek novellierten Berufsbildungsgesetz
163 wurden hier schon gute Fortschritte erreicht. Maßnahmen zur Erreichbarkeit der
164 Berufsschulen, wie etwa Azubi-Tickets sollten zudem länderübergreifend vernetzt werden.
165 Außerdem müssen digitale Angebote an Berufsschulen stärker genutzt werden, um
166 beispielsweise grundlegende Berufsschulangebote auch dezentral anbieten zu können.
167 Zudem müssen Aufbau- und Zusatzqualifikationen der dualen Ausbildung – etwa das
168 Meisterdiplom – für einen breiteren Kreis von Auszubildenden attraktiver gemacht werden.

169

170 **Tourismuswirtschaft**

171

172 Die Öffnung der Tourismuswirtschaft ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die DEHOGA-Branche.
173 Aber die Tourismuswirtschaft wurde von der Corona-Krise in besonders schwerer Form
174 getroffen. Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktionen sehen hier weiteren
175 Handlungsbedarf, insbesondere die Deckelung der Hilfen erschweren eine
176 Unterstützungsleistung für alle betroffenen Unternehmen. Zudem deckt die
177 Überbrückungshilfe III nur einen unterdurchschnittlichen Teil der Verluste ab. Deswegen
178 müssen Förderprogramme verlängert und weiter verbessert werden. Die Fortführung der
179 Regelungen auch zum Kurzarbeitergeld und der vollständigen Erstattung der
180 Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer ist für das von den Corona-Maßnahmen
181 besonders hart betroffene Gastgewerbe überlebensnotwendig.

182

183 **Wandel der Arbeitswelt endlich konstruktiv begleiten**

184

185 Die Corona-Pandemie hat viele Arbeitnehmer ins Home-Office geschickt. Viele Betriebe
186 werden auch nach der Corona-Pandemie von sich aus Home-Office ermöglichen. Aber Home-
187 Office passt nicht zu jedem Tätigkeitsfeld. Deswegen lehnen die Wirtschaftspolitischen
188 Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen generelle staatliche Garantien auf Home-Office ab.
189 Stattdessen sollte der Wandel der Arbeitswelt konstruktiv und ohne Bürokratie und staatliche
190 Gebote gestaltet werden.

191 Der Zuwachs an Flexibilität in der Arbeitswelt – organisatorisch, zeitlich und vor allem räumlich
192 - bietet viele Chancen. Digitales Arbeiten ermöglicht offen gestaltbare Arbeitsorte. Dies kann
193 perspektivisch eine Alternative für tägliches Pendeln sein, bietet zugleich aber
194 Nutzungspotentiale für gestresste Arbeitnehmer aus Ballungszentren. Coworking-Spaces
195 bieten neue Chancen für touristische Wirtschaftszweige. Dafür müssen aber vor allem
196 ländliche Regionen überhaupt erst in die Lage zu digitalem Arbeiten versetzt werden. Die
197 Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Fraktionen fordern die Kommunen und Landesregierungen
198 auf – dort, wo noch nicht geschehen –, das Glasfaserförderprogramm des Bundesministeriums
199 für Verkehr und digitale Infrastruktur zu nutzen.

200

201 **Große Nachholbedarfe in der Digitalisierung**

202

203 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen große
204 Nachholbedarfe bei der Digitalisierung gibt. Die zersplitterte IT-Zuständigkeit
205 unterschiedlichster Ministerien und Behörden bei Bund, Länder und Gemeinden wirkt
206 hemmend. Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen fordern die
207 Schaffung eines Digitalministeriums des Bundes. Alle Aufgaben rund um die Digitalisierung
208 müssen in ihm zusammengefasst und koordiniert werden. Dazu schlagen wir die Schaffung
209 einer Digitalisierungs-Agentur vor. Die Agentur sollte in privatrechtlicher Rechtsform mit
210 ausreichend Finanzmitteln die gesamte Verwaltung auf allen Ebenen zügig digitalisieren. Mit
211 Landesbehörden ist sie so zu vernetzen, dass die Reibungsverluste möglichst gering sind.

212

213 **Flächenländer müssen von Funkmastenprogrammen profitieren**

214

215 Die Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen begrüßen die Pläne des Bundes
216 für ein Bundesfunkmastenprogramm. Eine systematische Vernachlässigung des Ausbaus der
217 Funkmasteninfrastruktur sehen sie vor allem im ländliche Raum. Die Wirtschaftspolitiker der
218 CDU/CSU-Fraktionen appellieren daher an die Länder, Landesfunkmastenprogramme in
219 Abstimmung mit der Europäischen Union möglichst so auszugestalten, dass sie passgenau mit
220 der Bundesförderung verzahnt sind. Ziel muss es sein, dass benachteiligte Regionen in
221 überdurchschnittlicher Weise von den in Aussicht gestellten Fördermitteln in Höhe von 1,1
222 Mrd. Euro profitieren, um auch hier zu einem flächendeckenden Mobilfunknetz für Bürger,
223 Wirtschaft und Verkehrsteilnehmer zu kommen.